

# INDES

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT



## ZEITEN WENDE

**Ralph Rotte** Welche Zeitenwende?

**Sigmar Gabriel** Auf der Suche nach einer neuen Weltordnung

**Kristina Spohr** Die Wendezeit 1989–1992 im Rückblick

**Ursula Weidenfeld** Implosion einer Krisenkanzlerin?

**Interview mit Stephan Grünewald** »Wir trauen uns keine neuen Ängste zu«

# PROLOG

≡ Frank Decker

»Warum soll ich diese Zeitschrift lesen?« Das fragte mich ein sehr geschätzter Kollege aus Berlin, als ich ihm von meinen Plänen berichtete, INDES von Göttingen nach Bonn zu holen und unter meiner Herausgeberschaft neu an den Start zu bringen. Gibt es nicht schon genug wissenschaftliche Zeitschriften – auch solche, die über den Tellerrand des eigenen Faches hinausblicken und/oder sich an der Schnittstelle zur Publizistik bewegen? Als Franz Walter INDES 2011 ins Leben rief, ging es ihm nicht nur darum, für das kurz zuvor gegründete Göttinger Institut für Demokratieforschung eine Plattform zu schaffen. Die Zeitschrift setzte sich auch das Ziel, die schon damals weit vorangeschrittene methodische und thematische Verengung der Politikwissenschaft zugunsten eines breiteren, historisch fundierten und zugleich interdisziplinären Ansatzes zu überwinden, sich vom Mainstream also ganz bewusst abzusetzen.

An den Gründen dafür hat sich auch nach zehn Jahren nichts Nennenswertes verändert, im Gegenteil: Die Entwicklung der deutschen Politikwissenschaft stimmt bedenklich. Die Einwerbung von Drittmitteln und die Veröffentlichung begutachteter Aufsätze – überwiegend in englischsprachigen Journals – sind immer mehr zum Goldstandard vermeintlicher wissenschaftlicher Qualität avanciert, der über die Karriereperspektiven des »Nachwuchses« entscheidet. Die damit einhergehende Verarmung lässt sich zum Beispiel am Wegbrechen von Länderexpertisen ablesen. Wer sich als Journalist über die Politik und politischen Systeme anderer Staaten kundig machen will, wird sich heute eher an eine Beratungsinstitution wie die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik wenden als an ein politikwissenschaftliches Institut. Dass die Universitäten heute auf Transfer und Öffentlichkeitsarbeit durchaus gesteigerten Wert legen, schlägt sich in den Bewertungsmaßstäben wissenschaftlicher Qualität oder gar Exzellenz ebenso wenig nieder wie eine gute, anspruchsvolle Lehre.

INDES möchte diesem Trend entgegenwirken, indem sie einerseits – wie schon bisher – ein Forum für kommentierende und einordnende Beiträge bereithält, die anhand von Themenschwerpunkten aktuelle Debatten aufgreifen. Dies geschieht in unterschiedlichen Formaten wie Porträts, Interviews, Inspektionen, Kommentaren, Kontroversen und der klassischen Analyse. Andererseits sollen – um sich vom Mainstream dann doch auch nicht allzu

weit abzusetzen – auch ausführlichere wissenschaftliche Abhandlungen in der Zeitschrift ihren Platz erhalten – innerhalb wie außerhalb des jeweiligen Schwerpunktes und nach einem standardmäßigen Begutachtungsverfahren. Angestrebt wird zugleich eine möglichst optimale Verknüpfung von Print- und Online-Format. Auf der Website sollen nicht nur die aktuelle Ausgabe präsentiert, vergangene Hefte im Archiv recherchierbar sowie Leseproben und ausgewählte Artikel zum Download bereitstehen, sondern auch kommende Schwerpunkte angekündigt und potenzielle Beiträger:innen angesprochen werden. Zudem sollen auf der Onlinepräsenz zusätzliche Beiträge außerhalb des regulären vierteljährlichen Erscheinungsrhythmus veröffentlicht werden, um auf aktuelle Ereignisse zu reagieren. Des Weiteren will INDES weiterhin nicht nur inhaltlich, sondern auch ästhetisch überzeugen: Die Texte jeder Ausgabe werden ergänzt durch eine zusammenhängende Bebilderung, die konzeptionell sowohl inhaltlich den Schwerpunkt untermalt als auch einen eigenen Beitrag bildet.

Der Bonner Neustart von INDES wäre ohne die Unterstützung und Mitwirkung vieler nicht möglich gewesen. Als erstes danke ich dem Spiritus Rector der Zeitschrift, Franz Walter. Sein Einverständnis und sein »Segen« waren für die Fortführung unabdingbar. Walters Nachfolger im Göttinger Institut Simon Franzmann möchte ich für die unkomplizierte Abwicklung des »Umzugs« nach Bonn danken. Großer Dank gebührt des Weiteren Daniel Sander vom Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, der der Idee, die Zeitschrift unter neuer Herausgeberschaft fortzusetzen, von Beginn an wohlwollend gegenüberstand. *Last but not least* schulde ich meinen Dank dem Göttinger Team und einer Reihe von Bonner Kolleg:innen: zunächst Matthias Micus, der das Neustartprojekt maßgeblich mitgestaltet, ja mich zu dieser Idee überhaupt erst ermuntert hat, sodann Katharina Rahlf und Volker Best, die die Redaktion anführen und zusammen mit Luisa Rolfes, Tom Pflücke und Jacob Hirsch hochengagiert am jetzt vorliegenden ersten Bonner Heft gearbeitet haben, und schließlich allen Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirates. Dass sich in dem Kreis viele Bonner Kolleg:innen befinden, ist kein Zufall, versteht sich die Zeitschrift doch als Teil der von der Philosophischen Fakultät gewünschten und gezielt vorangetriebenen Verbundforschung. Ermöglicht wurde der Neustart durch eine vom Dekan Volker Kronenberg bereitgestellte Projektstelle. Dafür möchte ich ihm und seinem Dekanatskollegen Robert Meyer herzlich danken, genauso wie den weiteren Mittelgeber:innen inner- und außerhalb der Universität: Ulrich Schlie und Christine Krüger aus dem Kolleg:innenkreis, Astrid Kuhn von der Stiftung Wissenschaft und Demokratie und Jasmin Sandhaus von der Brost-Stiftung.

# EDITORIAL

≡ Volker Best/Katharina Rahlf

»Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht«, kommentierte Außenministerin Annalena Baerbock bereits wenige Stunden, nachdem der russische Präsident Vladimir Putin am 24. Februar 2022 seinen Angriffskrieg auf die Ukraine gestartet hatte. Berühmter wurde eine ähnliche Formel aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz bei der drei Tage später anberaumten ersten sonntäglichen Sondersitzung des Bundestags überhaupt: »Wir erleben eine ›Zeitenwende‹. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.«

Doch was änderte sich tatsächlich, was blieb *indes* gleich? Und ist die Rede von der Zeitenwende in Abwägung der Wandlungen und Kontinuitäten überhaupt berechtigt? Oder droht dieser Begriff schon jetzt zu einem zwar populären, aber wenig gehaltvollen Schlagwort zu werden, das als Überraschung verpackt, was doch eigentlich hätte vorausgesehen werden können, gar müssen? Dies zu eruieren, möchte die neue Ausgabe der INDES versuchen.

In guter INDES-Tradition beginnt das Heft gewissermaßen mit einem Widerspruch: Die Scholz'sche Zeitenwende ist demnach gar kein fundamentaler Strukturbruch, die wesentlich wichtigeren Verschiebungen, die »eigentlichen Zeitenwenden« finden anderswo statt, spielen sich subtiler ab. Sodann widmen wir uns den einschneidenden Ereignissen, die 2022 unzweifelhaft – ob man sie nun als Zeitenwende tituliert oder nicht – prägen. Wie wirken sie sich auf internationaler Ebene aus, was bedeuten sie für das Verhältnis zu Russland, was implizieren sie für das Verhältnis zu den USA und zu China, wie übersetzen sie sich etwa in Nordeuropa, wie wirken sie sich auf das europäische Asylsystem aus? Was bedeuten die gegenwärtigen Entwicklungen in und für Deutschland, für unsere Außen- und Sicherheitspolitik, für unsere Energie- und Klimapolitik, für die neue Ampel-Regierung, für die Seelenlage der Bevölkerung? Wie reagiert die sogenannte Kriegsgeneration auf Szenen von Flucht und Vertreibung, welche (kollektiven) Traumata werden möglicherweise reaktiviert? Welche Heldenbilder entstehen in unseren Köpfen?

Am einschneidendsten ist die Zäsur fraglos in der Ukraine. Die Fernsehbilder zerschossener Städte, beschossener Soldaten, erschossener Zivilisten sind leider allzu bekannt. Sie schmerzen noch immer, aber sie schmerzen

immer weniger – und gerade das schmerzt. *Tempora mutantur, nos et mutamur in illis* – Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns in ihnen. Als Quartalschrift können wir mit den täglichen Frontverschiebungen naturgemäß nicht Schritt halten, aber vielleicht Schlaglichter auf bislang unterbeleuchtete Aspekte werfen: die Dimension des Cyberkriegs, den politischen Zustand des Landes vor dem Krieg, unter einem Präsidenten, der einen solchen zuvor im Fernsehen mimte.

Wenn es um Zeitenwenden geht, gilt es überdies auch lange Linien zu ziehen. So fragen wir danach, in welchem Verhältnis die Zeitenwende des Jahres 2022 steht zum Ende des Kalten Kriegs und zum Zusammenbruch der



Sowjetunion, die Putin nun in neuer Form wiedererstehen zu lassen entschieden scheint. Wir fragen, welche der aktuellen Entwicklungen schon in den Jahren 1989–1992 ihren Anfang nahmen und inwiefern sich die gegenwärtige Zeitenwende von der damaligen Wendezeit unterscheidet. Wir fragen danach, in welches Licht nun nachträglich die Ära Merkel getaucht wird, in der die Wehrpflicht ausgesetzt und die Abhängigkeit von russischem Gas vergrößert wurde. Wir fragen danach, inwiefern Willy Brandts neue Ostpolitik den Blick der deutschen Sozialdemokratie auf Russland verklärt hat. Und wir lassen die parlamentarische Wende Revue passieren, die diese neue Ostpolitik erst ermöglichte – das (gescheiterte) konstruktive Misstrauensvotum gegen Willy Brandt 1972, ebenso wie das erfolgreiche Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt zehn Jahre später, die sogenannte Bonner Wende. Wir blicken gar zurück ins 14. Jahrhundert, als Dante die *Göttliche Komödie* schrieb und in diesem Monumentalwerk persönliches Leid und Schicksal der Menschheit verknüpfte, gewissermaßen eine Zeitenwende literarisch verarbeitet.

Monumentale Umbrüche drohen immer auch, alle anderen, kleineren, aber keineswegs unbedeutenden politischen und gesellschaftlichen Marksteine gewissermaßen zu verschütten. Und natürlich gibt es nicht nur die *eine* Zeitenwende – auch wenn sie gerade in aller Munde ist. Einige solcher übersehenen Zeitenwenden versuchen wir in diesem Heft wieder freizulegen, und betrachten somit auch aktuelle Veränderungen im französischen Parteiensystem, die Lage im Post-Johnson-Großbritannien und den Zustand der deutschen Linkspartei.

Ob 2022 nun als das »Jahr der Zeitenwende« in die Geschichte eingehen wird, dass wagen wir nicht zu prophezeien. Für INDES allerdings trifft es in gewisser Hinsicht zu: Mit dem vorliegenden Doppelheft beginnt zumindest für uns eine neue Ära, mit neu-alter Redaktion, an neuem Erscheinungsort, unter neuem Herausgeber. Wir freuen uns, dass INDES fortbesteht, und hoffen, unseren Leser:innen geht es ebenso.



# INHALT

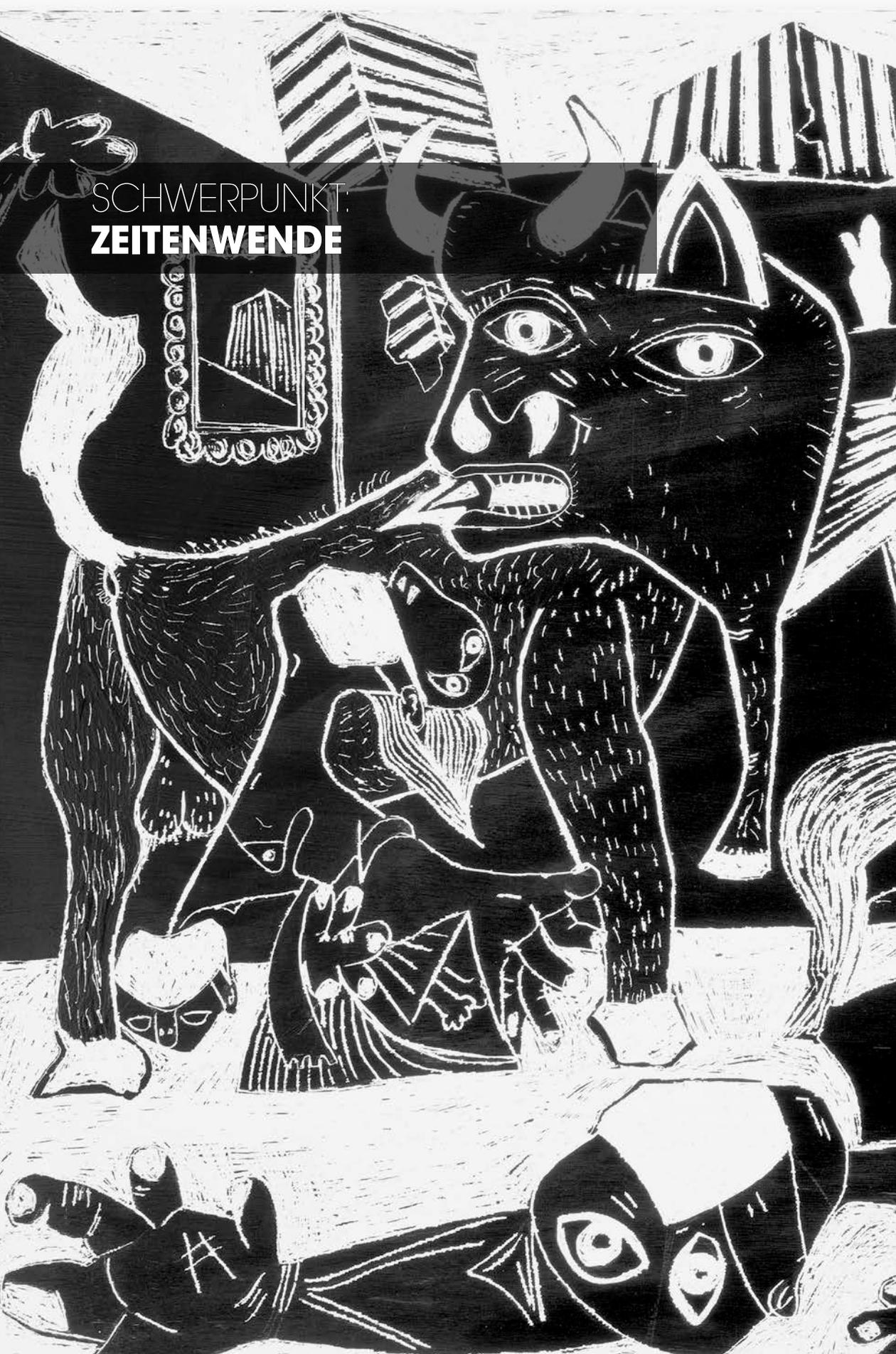
- 1 **Prolog**  
≡ Frank Decker
- 3 **Editorial**  
≡ Volker Best/Katharina Rahlf
- >> ANALYSE 9 **Welche Zeitenwende?**  
Zur Kontinuität einer vermeintlich neuen Realität  
≡ Ralph Rotte
- 17 **Auf der Suche nach einer neuen Weltordnung**  
Konfrontation, Konkurrenz, Kooperation  
≡ Sigmar Gabriel
- 32 **Eine historische Ausnahme**  
Die *Wendezeit* 1989–1992 im Rückblick  
≡ Kristina Spohr
- 45 **Nordische Wendemanöver**  
Sicherheitspolitische Paradigmenwechsel zwischen Kopenhagen und Helsinki  
≡ Tobias Etzold
- 53 **Cyberwar**  
Die digitale Arena des Ukrainekriegs  
≡ Philipp von Wussow
- 61 **Überraschend abwehrbereit**  
Die politische Dimension des ukrainischen Widerstandskampfes  
≡ André Härtel
- >> WIEDERGESEHEN 70 **»Diener des Volkes«**  
Eine TV-Serie zwischen satirischer Fiktion und politischer Realität  
≡ Matthias Schwartz
- >> ANALYSE 76 **Im Alltag geboren**  
Heldenbilder postheroischer Gesellschaften in Zeiten des Krieges  
≡ Anna Kavvadias
- >> WIEDERGELESEN 80 **Dantes Apokalypse**  
Die *Göttliche Komödie* als literarische Bewältigung einer Zeitenwende  
≡ Franziska Meier
- >> ANALYSE 90 **Asylpolitische Wende in Europa?**  
Wie der Umgang der EU mit ukrainischen Flüchtlingen eine neue Aufnahmepolitik inspirieren könnte  
≡ Bernd Kasperek
- >> INTERVIEW 97 **»Wir trauen uns keine neuen Ängste zu«**  
Interview mit Stephan Grünewald über die psychische Lage der Nation im Angesicht von Pandemie und Krieg

- >> ANALYSE 110 **Krisenfest im Alter?**  
Die Kriegsgeneration zwischen Resilienz und Trauma  
≡ Karl Haller
- 118 **Die deutsche Demokratie im neuen Krisenzeitalter (I)**  
Von der Stabilität zur Unsicherheit  
≡ Frank Decker
- 127 **Implosion einer Krisenkanzlerin?**  
Vom Ausfall des politischen Normalbetriebs  
≡ Ursula Weidenfeld
- 136 **Zeitenwende und Ostpolitik**  
So viel Idealismus wie möglich, so viel Realpolitik wie nötig  
≡ Nikolas Dörr
- >> KOMMENTAR 147 **Zeitenwende: Weckruf für Deutschland?**  
There is no such thing as a free lunch  
≡ Stefan Bayer
- >> ANALYSE 152 ***Performing* Zeitenwende**  
Politikerreden und Publikumsresonanz  
≡ Thomas Niehr
- 159 **Fällt der Aufbruch dem Umbruch zum Opfer?**  
Vom Fortschleppen einer »Fortschrittskoalition«  
≡ Volker Best
- 167 **Parlamentarische Zeitenwenden**  
Konstruktive Misstrauensvoten in der Bundesrepublik  
≡ Mahir Tokatli
- 176 **Wende zum Ende?**  
Die LINKE in der Krise  
≡ Julia Reuschenbach
- 184 **Frankreichs neue Parteienlandschaft**  
Starke Ränder, geschwächtes Zentrum  
≡ Simon Braun
- >> KOMMENTAR 192 **»Hasta la vista, Baby!«**  
Großbritannien nach Boris Johnson  
≡ Christine Heuer

## PERSPEKTIVEN

- >> BRIEFWECHSEL 202 **»Verzeihen Sie meinen Furor«**  
Briefwechsel zweier »streitbarer Demokraten« fünfzig Jahre  
nach dem Radikalenerlass  
≡ Eckhard Jesse/Claus Leggewie
- >> PORTRÄT 218 **Ich feier' keinen Gottesdienst mehr!**  
Der Pfarrer und die Revolution  
≡ Carsten Linden

SCHWERPUNKT:  
**ZEITENWENDE**



# WELCHE ZEITENWENDE?

## ZUR KONTINUITÄT EINER VERMEINTLICH NEUEN REALITÄT

≡ Ralph Rotte

*»Zum dritten Mal seit dem Ende der 1980er Jahre steht die Welt vor einer Zeitenwende: Gab es mit dem Fall der Berliner Mauer für ein Jahrzehnt lang Hoffnung auf eine liberal geprägte Weltfriedensordnung, so brachte der 11. September 2001 die Ernüchterung. Gegenüber terroristischen Attentaten dschihadistischer Gruppen war sogar die zu dieser Zeit unbestrittene Weltmacht USA verwundbar. Der tektonische Wandel im Zuge des russischen Angriffskriegs macht klar: Die Rivalität zwischen den Großmächten USA, Russland und China der 2010er Jahre ist in eine unmittelbare Konfrontation übergegangen.«<sup>1</sup>*

Die solcherart im diesjährigen Friedensgutachten der großen deutschen Friedensforschungsinstitute zu findende Verwendung des seit Scholz' Bundestagsrede vielzitierten Begriffs der »Zeitenwende« vermittelt zwei zentrale Interpretationen der russischen Aggression gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022: Offenbar gibt es seitdem *erstens* eine fundamental neue und völlig überraschend aufgetretene weltpolitische Lage, das heißt, die Strukturen der internationalen Ordnung insgesamt haben sich mit einem Schlag radikal verändert. *Zweitens* folgt aus dieser grundlegenden Herausforderung eine ebenso grundsätzliche Veränderung der Wahrnehmung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Umwelt und damit des nationalen und internationalen (vor allem europäischen oder westlichen) Handelns gegenüber Russland, aber auch gegenüber anderen autoritären und offensiven Akteuren, wie etwa der Volksrepublik China.

<sup>1</sup> Claudia Baumgart-Ochsner u. a., Stellungnahme. Friedensfähig in Kriegszeiten, in: BICC u. a. (Hg.), Friedensgutachten 2022, Bielefeld 2022, S. 5–13, hier S. 5.

### DIE REALITÄT DES RUSSISCHEN REVISIONISMUS ...

Betrachten wir den ersten Aspekt: Kam der militärische Angriff auf die Ukraine tatsächlich so überraschend? Gehen wir von der tatsächlichen

Entwicklung der russischen Politik seit dem Amtsantritt Vladimir Putins als Präsident 1999/2000 aus, so sprechen die Zeichen zunehmender Aggressivität gegenüber der vermeintlichen Bedrohung durch den Westen, insbesondere die USA und die NATO, bekanntlich eine ganz andere Sprache. Man erinnere sich: Schon ab 1999 stellte Putin im Zweiten Tschetschenienkrieg (bis 2009) seine grundsätzliche Bereitschaft, militärische Gewalt, auch exzessiver Art, zur Erreichung seiner Ziele einzusetzen, zum ersten Mal unter Beweis. 2007 hielt er seine gegen die NATO gerichtete Brandrede auf der Münchner Sicherheitskonferenz. 2008 folgte die Intervention in Georgien, 2014 auf der Krim und im Donbass. 2015 wurden russische Truppen nach Syrien entsandt und sorgten durch ihre brutale Kriegsführung für die Rettung des Assad-Regimes; seit 2017/18 werden – offenbar mit dem Placet der russischen Führung – vermehrt russische Söldner, insbesondere der *Wagner Group*, im Ausland aktiv, etwa in Libyen, in der Zentralafrikanischen Republik, im Sudan oder in Mali. 2022 erfolgte dann (offiziell auf Bitte des kasachischen Präsidenten hin) die Intervention in Kasachstan im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit. Hinzu kommen die diversen Attentate auf Oppositionelle, auch im Ausland, sowie die Remilitarisierung der russischen Gesellschaft durch die Wiedereinführung der Wehrerziehung an Schulen (2006) und die Gründung der paramilitärischen »Jungen Armee« (*Junarmija*) für Acht- bis Achtzehnjährige (2016), verbunden mit einer demonstrativen Forcierung der Modernisierung der russischen Streitkräfte seit 2008 und häufigen Verweisen auf die russischen nuklearen Fähigkeiten.<sup>2</sup> Verknüpft wird das Ganze mit einer Geschichtspolitik, die nicht zuletzt die machtpolitischen Ansprüche und militärischen Erfolge der russischen Vergangenheit, insbesondere im Großen Vaterländischen Krieg, glorifiziert.<sup>3</sup> Diese Aufzählung macht deutlich, dass Vorbereitung und Einsatz militärischer Gewalt seit Jahrzehnten zum Standardrepertoire russischer Politik unter Putin gehören und keineswegs etwas Neues sind.<sup>4</sup>

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass es seit 1990 tatsächlich nur maximal sechs Jahre am Stück keinen Krieg in Europa gab, und zwar zwischen dem Georgien-Krieg 2008 und der russischen Intervention auf der Krim und im Donbass 2014. Sieht man von innerstaatlichen Kriegen wie in Tschetschenien ab und berücksichtigt nur zwischenstaatliche Gewaltkonflikte und internationalisierte Bürgerkriege (wie etwa diejenigen infolge des Staatszerfalls Jugoslawiens), so erhöht sich diese Periode auf die neun Jahre zwischen dem Kosovo-Krieg 1999 und dem Georgien-Krieg. Offensichtlich war die europäische Geschichte nach 1990 *faktisch* keineswegs die einer neuen dauerhaften Friedensordnung:

2 Vgl. James Hackett, Die Modernisierung der russischen Streitkräfte, in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen, H. 2/2021, S. 125–139.

3 Vgl. Rainer Lindner, Putins Geschichtspolitik. Die Inszenierung der Vergangenheit in Russland, in: Internationale Politik, H. 4/2006, S. 112–118.

4 Vgl. Jörg Himmelreich, Großreich Putin, in: Internationale Politik, H. 5/2008, S. 83–85; William Horsley, Russia's revisionism. Democracy and human rights, in: The World Today, H. 2/2009, S. 18–21; Andreas Heinemann-Grüder, Politik als Krieg. Die Radikalisierung des Putinismus, in: Osteuropa, H. 9–10/2014, S. 79–95.

»Der Krieg in Europa ist [...] kein singuläres Ereignis, das die alte Ordnung plötzlich und unerwartet umstößt. Er wirkt eher wie ein Brandbeschleuniger für eine Neuordnung Europas und der Welt, die sich schon lange angekündigt hat.«<sup>5</sup>

### ... UND SEINE WAHRNEHMUNG

Anders sieht es aus, wenn man die Ebene der *Perzeption* der russischen Außenpolitik und der europäischen Ordnung nach dem Kalten Krieg betrachtet, das heißt deren Interpretation durch Öffentlichkeit, politische Akteure und auch große Teile der Wissenschaft. In den internationalen *Security Studies* gibt es den Ansatz der »Securitization«, wie er von der sogenannten Kopenhagener Schule entwickelt wurde. Danach sind sicherheitspolitische Herausforderungen keine objektiven Tatsachen, wie dies etwa der Neorealismus unterstellt, sondern das Ergebnis von Diskursen zwischen Eliten und Öffentlichkeit, also sozial-kommunikativ konstruierte Phänomene, die erst durch mehr oder weniger konsensuale Perzeption als solche handlungsrelevant werden.<sup>6</sup> Diese theoretische Perspektive scheint einen guten Erklärungsansatz für die faktische Ausblendung der angeführten Hinweise auf einen zunehmend aggressiven und gewaltbereiten Revisionismus Russlands in Westeuropa und vor allem in Deutschland zu bieten. Denn ganz offensichtlich nahmen bis Februar dieses Jahres viele an, dass die Aggressivität der russischen Politik bei der Bewahrung der russischen Dominanz in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und der Wiederherstellung russischer Weltgeltung den eigentlichen alten Kontinent nicht betreffen würde und lediglich außereuropäische Gebiete oder allenfalls die europäische Peripherie wie Georgien berühre. Man denke an das oft zu hörende Diktum, der Krieg sei nach Europa zurückgekehrt, was einerseits falsch ist, weil er offensichtlich nie wirklich verschwunden war (siehe oben), und andererseits einen deutlichen Anflug eurozentrischer Überheblichkeit verrät (offenbar ist Krieg in anderen, wohl weniger »zivilisierten« Weltteilen ganz normal).

Neben der Hoffnung auf eine Verstetigung der Errungenschaften von 1990 mit der Überwindung der Blockkonfrontation und eine dauerhafte Realisierung einer »Friedensdividende« aufgrund wachsender ökonomischer Interdependenz mit Russland im Sinne des »Liberalen Friedens« spielt im westeuropäischen Kontext wohl auch eine gewisse Arroganz gegenüber den neuen osteuropäischen Mitgliedern von NATO und EU wie Polen und den baltischen Staaten mit, deren wiederholte Warnungen vor einem revisionistischen Russland geflissentlich ignoriert wurden. Gerade im deutschen Fall gab es offenbar auch die Überzeugung, Sonderbeziehungen zu Russland

<sup>5</sup> Ursula Schröder, *Hic sunt dracones. Wege zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung für Europa*, in: *Forschung und Lehre*, H. 6/2022, S. 452–453, hier S. 452.

<sup>6</sup> Vgl. Michael C. Williams, *Words, Images, Enemies. Securitization and International Politics*, in: *International Studies Quarterly*, H. 4/2003, S. 511–531.

zu haben, sei es wegen der eigenen wirtschaftlichen Bedeutung, sei es aufgrund einer besonderen historischen Verbundenheit. Dabei wurde Letztere wohl aus verschiedenen Quellen gespeist: von einer links wie rechts verteilten Skepsis gegenüber dem Westen und insbesondere den USA über das Vermächtnis des »Unternehmens Barbarossa« bis hin zur Anfang des 20. Jahrhunderts verbreiteten Vorstellung, Deutschland bilde »zwischen der westeuropäischen und der osteuropäischen Kultur einen eigenen, dritten Kulturraum«<sup>7</sup> – welche stark an russische Diskurse von den »Slawophilen« des 19. Jahrhunderts bis zu den »Eurasiern« von heute erinnert.<sup>8</sup> Nicht zu Unrecht titelte die *Neue Zürcher Zeitung* am 2. Juli 2022 fast ironisch: »Deutschland entdeckt den Westen«.

## DIE ROLLE DER WISSENSCHAFT

Dass die Zeitenwende auch im (sozial-)wissenschaftlichen Kontext für die meisten so überraschend kam, hat möglicherweise auch damit zu tun, dass in der deutschen Universitäts- und Forschungslandschaft der Bereich klassischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) nach 1990 weitgehend zugunsten der Friedensforschung verschwunden ist. Bereits seit den 1970er Jahren

*»hat die Friedensforschung einen starken Einfluss auf die IB, insbesondere in Deutschland, Skandinavien und einigen Ländern des globalen Südens, mit deutlichen Abstrichen auch in Großbritannien und den USA, gehabt. Beiträge und Personen aus der Friedensforschung waren zentral für die Erneuerung der IB seit den 1970er Jahren, sie hat den Paradigmenwechsel in den IB von Spielarten des Realismus zu Ausformungen des Idealismus nachhaltig befördert.«<sup>9</sup>*

Gerade im deutschen Kontext haben sich die Internationalen Beziehungen immer weiter vom Modell eines anarchischen internationalen Systems entfernt und einer »Vorstellung einer globalen Ordnung, die in normative Strukturen eingebettet ist«<sup>10</sup>, angenähert. Die dabei bestehenden deutlichen Unterschiede zur US-amerikanischen oder britischen Perspektive Internationaler Beziehungen werden unter anderem an der weiterhin zentralen Rolle von Feldern wie *Strategic Studies*, *War Studies*, *Military History* oder *Defence Studies* an angelsächsischen Universitäten deutlich – Ausrichtungen, die in Deutschland mit wenigen Ausnahmen nicht zu finden sind. Hierzulande ist die wissenschaftliche Befassung mit Krieg und Militär nicht zuletzt aufgrund der deutschen Geschichte weitgehend verpönt, ebenso wie die damit verbundenen, vor allem machtpolitisch orientierten Theorierichtungen der

7 Ralph Rotte, Vom »Zwiespalt der Kulturen« zum »Clash of Civilizations«. Das exemplarische Scheitern des Liberalen Friedens 1914 und seine Lehren für die internationale Politik der Gegenwart, Neured bei München 2001, S. 366 f.

8 Vgl. Igor V. Podberesky, Between Europe and Asia: the search for Russia's civilizational identity, in: Gennady Chufrin (Hg.), *Russia and Asia. The Emerging Security Agenda*, Oxford 1999, S. 33–51.

9 Michael Brzoska, Friedensforschung und Internationale Beziehungen – Lob der Verschiedenheit, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, H. 1/2012, S. 127–141, hier S. 130.

10 Nicole Deitelhoff & Michael Zürn, *Lehrbuch der Internationalen Beziehungen. Per Anhalter durch die IB-Galaxis*, München 2016, S. 9.

(neo-)realistischen Tradition der IB: »Ein Krieg in Europa galt als dystopische Phantasie von Ewiggestrigen.«<sup>11</sup>

Dass infolge einer weitgehenden Ausblendung von Krieg als Thema der Sozialwissenschaften<sup>12</sup> das tatsächliche Auftreten militärischer Gewalt großen Stils überraschend erscheint, nimmt wenig wunder. Schlaglichtartig sei im Gegensatz dazu etwa auf den US-amerikanischen Neorealisten John Mearsheimer verwiesen, der bereits 1993 die Ukraine hellsehtig davor warnte, ihre von der untergegangenen UdSSR übernommenen Nuklearwaffen aufzugeben, und hierzu unter anderem anführte:

*»[M]any Russians would change the present border with Ukraine, and some even reject the idea of an independent Ukraine. Senior Russian officials [...] have recently been describing Ukraine's independence as a ›transitional phenomenon [...]«<sup>13</sup>*

#### DIE AMBIVALENTE REAKTION AUF DEN »UKRAINE-SCHOCK«

Wenden wir uns dem zweiten Aspekt der »Zeitenwende« zu, dem fundamentalen Kurswechsel der (westlichen) Außen- und Sicherheitspolitik als Reaktion auf die russische Aggression, so ergeben sich mit Fortdauer des Krieges ebenfalls zunehmend Fragezeichen hinsichtlich der angeblich so grundlegenden Umwälzung des Februar 2022. Mittlerweile ist ersichtlich, dass der Westen keineswegs so einig ist, wie dies in den ersten Tagen des Krieges erschien. Erinnerung sei an die wirtschafts- und energiepolitischen Sonderinteressen von Staaten wie Ungarn, Tschechien oder der Slowakei beim Öl-embargo der EU oder an den Verzicht auf Einfuhrverbote für Erdgas und verschiedene, für die Industrie wichtige Metalle, welcher nicht zuletzt auf deutsche Importabhängigkeiten zurückzuführen ist. Auch hinsichtlich der Waffenlieferungen an die Ukraine offenbaren sich deutliche Unterschiede zwischen den osteuropäischen Ländern (Polen, baltische Staaten), den USA und Großbritannien auf der einen, und etwa Deutschland, Frankreich und Italien auf der anderen Seite. Trotz aller rhetorischer Härte gibt es bei Letzteren noch immer die Hoffnung auf eine diplomatische Lösung des Konfliktes, wohl nach dem Muster der (gescheiterten) Minsker Abkommen. Das weiterbestehende Ziel eines irgendwie gearteten Arrangements mit Russland, etwa als eines zukünftigen Partners gegenüber China, ist dabei seit Jahrzehnten eine Konstante insbesondere der französischen Außenpolitik,<sup>14</sup> welche sich auch in der aktuellen Lage nicht völlig geändert zu haben scheint. Zusammen mit weiterbestehenden Eskalationsängsten und einer bereits spürbaren

**11** Georg Häsler, Stell dir vor, es ist Krieg, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.06.2022, tiny.one/index221a1.

**12** Vgl. Ralph Rotte, Das Phänomen Krieg. Eine sozialwissenschaftliche Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019, S. 69–73.

**13** John Mearsheimer, The Case for a Ukrainian Nuclear Deterrent, in: Foreign Affairs, H. 3/1993, S. 50–66, hier S. 55.

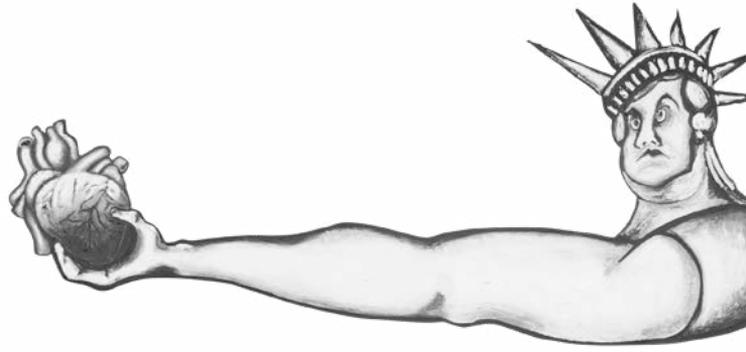
**14** Vgl. Raoul Castex, Moscou, rempart de l'occident?, in: Revue de défense nationale, H. 11/1955, S. 129–145.

Ermüdung der Öffentlichkeit angesichts des andauernden Abnutzungskrieges und der Inflationswirkungen der Sanktionen erscheint die längerfristige Entschlossenheit des Westens, Russland in seine Schranken zu weisen, keineswegs gesichert.

Selbst die Zeitenwende in Form des Hundert Milliarden-Euro-Sondervermögens für die Bundeswehr erweist sich bei näherem Hinsehen als weniger beeindruckend als ursprünglich gedacht. Nicht nur war die dafür erforderliche Grundgesetzänderung von parteipolitischem Kleinklein geprägt; die tatsächliche Investitionswirkung fällt auch geringer aus, als das Paket vermuten lässt: So beläuft sich bekanntlich allein der Ausgabenbedarf für die Auffüllung der Munitionsdepots der Bundeswehr auf zwanzig Milliarden Euro. Entgegen der vollmundigen Ankündigung des Bundeskanzlers, Deutschland werde ab sofort jährlich zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben, sieht die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung zudem vor, den Verteidigungsetat in den nächsten Jahren bei gut fünfzig Milliarden Euro zu belassen, was gegenwärtig rund 1,4 Prozent des BIP entspricht. Dass das Zwei-Prozent-Ziel im Durchschnitt der nächsten Jahre erreicht werden dürfte, liegt an den Zusatzmitteln des Bundeswehr-Sondervermögens, welches aber keineswegs verstetigt ist. Einer nachhaltigen Finanzierung der Streitkräfte auf deutlich höherem Niveau als bisher entspricht das wohl nicht. Dies nährt den Verdacht, dass die verteidigungspolitische »Zeitenwende« nur ein Strohhalm sein könnte, zumal ein massiver Ausbau der Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie angesichts von Personalmangel und bislang fehlender Planungssicherheit ebenfalls nicht gesichert erscheint – und ohnehin technisch gar nicht kurzfristig möglich ist.

Auch hier ist hinsichtlich der notwendigen Selbstkritik der Sozialwissenschaften ein Aspekt zu unterstreichen: Nicht zuletzt die deutsche wissenschaftliche Community war hinsichtlich der Handlungsoptionen als Reaktion auf die russische Aggression in großen Teilen unvorbereitet. Dies mag wiederum damit zusammenhängen, dass die sicherheitspolitische und strategische Forschung in Deutschland gegenwärtig unterentwickelt ist und entsprechend Arbeiten zu Bedrohungen und verteidigungspolitischen Worst-Case-Szenarien rar sind:

*»Die zentrale Unterscheidung zu den Strategischen Studien und den Sicherheitsstudien ist das Erkenntnisinteresse der kurz- und langfristigen Minderung von Gewaltanwendung in der Friedensforschung gegenüber dem Ziel der Verbesserung der Position der ›eigenen Seite‹ gegenüber Bedrohungen und Risiken [...]. Friedensforschung und Strategische Studien mögen sich analytisch mit denselben*



*Gegenständen befassen, etwa den Konsequenzen aus der Vermutung, dass der Klimawandel in Zukunft Sicherheitsprobleme schaffen könnte, unterscheiden sich aber grundsätzlich in Bezug auf die politischen Schlussfolgerungen.»<sup>15</sup>*

Der Mangel an Beratungswissen aus den Strategischen Studien führt möglicherweise dazu, dass die Verteidigungspolitik der »Zeitenwende« wie oben erwähnt durchaus improvisiert und nicht immer völlig durchdacht erscheint, etwa im Hinblick auf das längerfristige Verhältnis zu Russland.

#### DIE EIGENTLICHE »ZEITENWENDE«

Die in der öffentlichen Diskussion primär thematisierten Aspekte der »Zeitenwende« scheinen daher nur in beschränktem Ausmaß Elemente eines tatsächlichen politisch-gesellschaftlichen Strukturbruchs zu sein. *Indes* sind es zwei andere, nur allmählich in das Bewusstsein vieler Beobachter tretende und vor allem nicht intendierte bzw. nur begrenzt von nationaler Politik steuerbare Punkte, welche längerfristig tatsächlich fundamentale Veränderungen nach sich ziehen könnten. Sie haben mit der Einordnung der Konsequenzen des Ukrainekrieges in die größere, globale Konstellation zu tun, und der laufende Konflikt hat für sie eine, wenn nicht ursächliche, so doch katalytische Bedeutung. *Zum einen* ist da die Frage der bereits im Eingangszitat angesprochenen zunehmenden Blockbildung zwischen den autoritären Regimes wie Russland und China auf der einen und den westlichen Demokratien auf der anderen Seite. Diese vollzieht sich in den westeuropäischen Staaten und insbesondere in Deutschland deutlich langsamer und unwilliger als etwa in den Vereinigten Staaten, was nicht nur an der dominanten idealistisch-normativen Sicht auf die internationale Politik liegt, sondern auch an den Folgen für das etablierte, stark exportorientierte Wirtschaftsmodell der Bundesrepublik und damit für den Wohlstand der Deutschen. Im Unterschied zur Bundesrepublik stehen das *Decoupling* von China und der Zwang zur Verkürzung und Diversifizierung strategisch wichtiger Lieferketten schon spätestens seit der Amtszeit Präsident Trumps auf der US-amerikanischen (wie im Übrigen auch auf der chinesischen) Agenda. Die deutsche Wirtschaft und Politik nehmen die

15 Michael Brzoska, Friedensforschung und Internationale Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, H. 1/2012, S. 127–141, hier S. 135.

diesbezüglichen Herausforderungen mit deutlicher Verspätung wahr, nämlich – nach Ansätzen durch die Corona-Pandemie – vor allem infolge der Ukrainekrise und des wachsenden Misstrauens auch gegenüber den Ambitionen der Volksrepublik. Mittlerweile reichen die sicherheitspolitisch geprägten Tendenzen der De-Globalisierung bis hin zur Vorstellung einer »democratic trade partnership«<sup>16</sup>, welche Wirtschaftsbeziehungen mit Verbündeten und demokratischen Systemen präferiert – eine Konstellation, auf die etwa die großen deutschen Konzerne weitestgehend unvorbereitet erscheinen.<sup>17</sup>

*Zum anderen* ist da die sich verschärfende Klimakrise: Die Sicherung der kurzfristigen Energieversorgung zusammen mit der wachsenden Nahrungsmittelkrise vor allem im Globalen Süden führt offenbar dazu, dass klimapolitische Nachhaltigkeitsziele gegenwärtig von der Prioritätenliste der praktischen Politik verdrängt werden.<sup>18</sup> Angesichts der zunehmenden Eigendynamik des Klimawandels und der raschen Annäherung an Kippunkte der Erderwärmung deutet einiges darauf hin, dass die beabsichtigte Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 oder 2,0 Grad mittlerweile höchst unwahrscheinlich ist – mit all den prognostizierten Konsequenzen.<sup>19</sup> In diesem Sinne kennzeichnet die »Zeitenwende« nicht nur die Manifestation des selbstverschuldeten Scheiterns einer allzu optimistischen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik nebst ihrer wissenschaftlichen Wahrnehmung und privatunternehmerischen Prägung sowie das nun (teilweise noch immer halbherzig) erfolgende Umsteuern einer schockartig mit der Realität konfrontierten Gesellschaft. Vielmehr ist sie der Übergang in eine zunehmend antagonistische, agonale internationale Ordnung und langfristig gefährliche Zukunft, die weit über die aktuelle Konfliktkonstellation und die Frage des Umgangs mit Russland hinausweist – an die wir uns aber gewöhnen müssen.

**16** Ash Jain & Matthew Kroenig, A Democratic Trade Partnership. Ally Shoring to Counter Coercion and Secure Supply Chains, Washington DC (Atlantic Council) 2022.

**17** Vgl. Rolf J. Langhammer, Reluctant US vs Ambitious German Direct Investment in China – The Tale of Two Strategies, Kiel Institute for the World Economy Policy Brief 162/2022.

**18** Vgl. Jürgen Scheffran, Klimaschutz für den Frieden. Der Ukraine-Krieg und die planetaren Grenzen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4/2022, S. 115–120.

**19** Vgl. IPCC, Klimawandel 2021 – Naturwissenschaftliche Grundlagen. Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung. Beitrag von Arbeitsgruppe I zum Sechsten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen, Bonn 2022.



© Morfin Lux

**Prof. Dr. Ralph Rotte**, geb. 1968, ist Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen University. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Internationale Konfliktforschung, Strategische Studien und Internationale Politische Ökonomie. Er ist außerdem Research Fellow des Institute of Labor Economics (IZA), Bonn, und Fellow des Forschungsnetzwerks Global Labor Organization (GLO).

# IMPLOSION EINER KRISENKANZLERIN?

VOM AUSFALL DES POLITISCHEN NORMALBETRIEBS

≡ Ursula Weidenfeld

Es gehört zu den Routinen des Politikbetriebs nach einem Regierungswechsel: In den ersten Wochen nach der Wahl sind die Wähler nostalgisch, ein kleines bisschen scheinen sie ihre Wahl zu bereuen. Die Furcht vor Veränderung lässt die Vorgängerregierung noch einmal in mildem Licht leuchten. Dann aber, wenn die Neuen sich zurechtgerumpelt haben, der Koalitionsvertrag geschlossen ist und frische Energie durch die Chefetagen strömt, beginnt die Abrechnung.

Defizite und Versäumnisse werden der alten Regierung angelastet, Erfolge und Fortschritte buchen die Neuen dagegen beherzt für ihre Legislaturperiode. Altbundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verzweifelte fast daran (»Das ist mein Aufschwung«), Altbundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erfährt es gerade jetzt.

Erleben wir gerade die Implosion einer Krisenkanzlerin? Die Mängelanzeigen – der jammervolle Zustand der Bundeswehr, die Abhängigkeit von russischem Gas, zu enge Beziehungen mit China – häufen sich. Doch findet hier eine Implosion statt, bei der die Strukturen des Regierens durch einen gewaltigen Außendruck zerstört werden? Eher nicht. Denn erstens regiert Merkel nicht mehr. Zweitens bezieht sich die Kritik auf einzelne Felder politischen Handelns. Und drittens überdauert das Merkel-Prinzip ganz offensichtlich ihre Amtszeiten, trotz der politischen Katastrophe des Ukraine-Kriegs, trotz der »Zeitenwende«.

In Krisen regieren zu müssen, scheint auch das Schicksal des neuen Kanzlers Olaf Scholz (SPD) zu werden. Für den Koalitionsvertrag, die regulären politischen Ziele und Versprechen, bleibt daneben nur wenig Zeit. Auch vermeintliche Gewissheiten, feste Überzeugungen und politische Strategie gehen in Krisenzeiten über Bord. Die Ampel-Regierung macht das nicht anders als die Großen Koalitionen zuvor. Dass die Altkanzlerin an den Neuen öffentlich nichts auszusetzen hat, ist vielleicht auch diesem Umstand geschuldet.<sup>1</sup> Hier aber ist die eigentliche Implosion zu finden: Der politische Normalbetrieb fällt auch bei den Neuen aus. Das hat schwerwiegende Folgen: für das Verhältnis von Regierung und Parlament, für das Lösen

<sup>1</sup> Vgl. Was also ist mein Land? Angela Merkel im Live-Gespräch mit dem Schriftsteller Andreas Osang, 07.06.2022, Berliner Ensemble, Phoenix vor Ort, [tiny.one/index121w1](https://tiny.one/index121w1).

struktureller Probleme, für die Widerstandsfähigkeit des Landes gegenüber künftigen Krisen.

Vor allem ein Versäumnis wird den Regierungen unter Angela Merkel angelastet: Sie habe sich vom russischen Präsidenten Wladimir Putin in die Irre führen lassen, habe Deutschland in die Abhängigkeit von russischem Gas geführt, und damit den Ukrainekrieg wie auch den Wirtschaftskrieg Russlands gegen den Westen erst möglich gemacht.<sup>2</sup>

Im Nachhinein haben die Kritiker und Mahner Recht behalten. Selbst nach dem russischen Überfall auf die Krim im Jahr 2014 begleitete die Bundesregierung die Pläne zum Ausbau und Bau der Ostsee-Pipelines Nord Stream 1 und 2 freundlich, obwohl die US-Regierung und die Regierungschefs der osteuropäischen EU-Mitglieder energisch davor warnten. Das Verlangen des damaligen amerikanischen Präsidenten Donald Trump, Europa im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen mögen gefälligst amerikanisches Gas kaufen und dafür die Infrastruktur bereitstellen, wurde kühl zurückgewiesen. Russisches Gas war billiger zu haben, und bis zum Jahr 2022 war Russland seinen vertraglichen Liefer-Verpflichtungen auch stets nachgekommen.<sup>3</sup>

Zu verstehen ist diese Haltung nur vor dem Hintergrund der deutschen Energie-Innenpolitik nach 2011. Nach dem Atomunfall im japanischen Kernreaktor Fukushima im März 2011 dauerte es nur ein Wochenende, bis die Bundesregierung den zweiten Atomausstieg beschloss. In Windeseile wurde eine Ethik-Kommission berufen, deren Arbeit – wie auch die Beschlussfassung im Bundestag – nur symbolischen Charakter hatte. Die Mehrheit der Bevölkerung wollte den Ausstieg, und sie bekam ihn. Im Dezember 2022 sollen die verbliebenen drei Reaktoren eigentlich vom Netz gehen.<sup>4</sup>

Damit aber reduzierten sich die Optionen der heimischen Stromversorgung. Kohle und Erdgas sollten die Zeit überbrücken, bis genügend erneuerbare Energien, Stromtrassen und Energiespeicher für eine klimaneutrale und zuverlässige Stromproduktion zur Verfügung stehen würden. Gleichzeitig konkretisierten sich die Pläne, auch bei Mobilität und Wohnen Strom künftig als Hauptenergieträger zu nutzen – doch der politische Wille, die Erneuerbaren für diese weitere Stufe der Stromwende weiter stark auszubauen, erlahmte.

Ein zwei- bis dreifach höherer Stromverbrauch als bisher? Die Voraussetzungen dafür fehlen bis heute. Immer schwieriger wurde es, neue Windkraftanlagen zu genehmigen und ans Netz zu bringen. Immer aussichtsloser erschienen die Pläne, Höchstspannungstrassen zwischen Nord- und Süddeutschland zu bauen, um den Windstrom dahin zu bringen, wo er gebraucht wird. Immer höher wuchsen die Umlagen auf, mit der die Stromkunden die garantierten Einspeisepreise, die notwendigen Investitionen in

2 Vgl. zum Beispiel Bundeswirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck am 07.07.2022 im Deutschen Bundestag, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht (vorläufige Fassung), 47. Sitzung, [tiny.one/indes221w2](https://tiny.one/indes221w2), S. 4821 f.

3 Vgl. Daniela Schwarzer, Final Call, Wie Europa sich zwischen China und den USA behaupten kann, Frankfurt a.M. 2021, S. 70 ff.

4 Diese und die folgenden Absätze beziehen sich im Wesentlichen auf Ursula Weidenfeld, Die Kanzlerin. Bilanz einer Epoche, Berlin 2021.

Reservekapazitäten und die Netzstabilität finanzierten. Und: Zu billig war das russische Gas, um die teureren Alternativen und die notwendige Infrastruktur voranzutreiben und durchzusetzen.

Der Klimawandel beschleunigte sich seit der Jahrtausendwende und wurde auch in Mitteleuropa spürbar. Als Umweltministerin unter Helmut Kohl hatte Angela Merkel die Kyoto-Konferenz 1997 vorbereitet, auf der die Industrieländer sich zum ersten Mal darauf verständigten, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren. Als Kanzlerin aber wurde sie selbst zur Getriebenen. Mit dem Atomausstieg legte sich die Bundesregierung wieder auf das Verbrennen fossiler Energien fest – solange, bis sich die Meinung der Wähler auch zu diesem Thema änderte.

Eine Kohlekommission (»Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«) sollte nach der Bundestagswahl im Jahr 2017 die Bedingungen für einen Ausstieg aus der Kohle formulieren – denn Kohle setzt bei der Verstromung besonders viele Klimagase frei. Die Expertengruppe legte 2019 ihre Empfehlung vor,<sup>5</sup> der sich die Bundesregierung anschloss: Bis zum Jahr 2038 soll Deutschland keinen Kohlestrom mehr herstellen, nach Möglichkeit soll der Ausstieg bis zum Jahr 2030 gelingen. Dieses Ziel formulierte die Nachfolgeregierung in ihrem Koalitionsvertrag.

Damit aber blieb als »Brückentechnologie« zum klimaneutralen Zeitalter nur noch Erdgas übrig. Deutschland wurde einerseits abhängig von Exporteuren wie Russland, andererseits musste es sich auf Stromimporte aus Frankreich (Atomstrom) und Osteuropa (Kohle und Atom) verlassen können, wenn es eng wurde. Die Mehrheit der Bevölkerung wollte den Kohleausstieg, und sie bekam ihn, jedenfalls für Strom aus Kraftwerken im eigenen Land. Das reichte ihr.

Auch in der Politik arrangierte man sich zügig mit dem Unvollkommenen und wandte sich einer neuen Krise zu, der Corona-Pandemie. Die Ressourcen für die Energie- und Klimawende zu schaffen, rückte in den Hintergrund.

Der Zustand der Bundeswehr ist das zweite Beispiel für die Schwächen des Modells Merkel, die weit über die Amtszeit der Kanzlerin hinausreichen. Als der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg bei der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts im August 2010 erklärte, ein weiterer Milliardenparabtrag sei aus der Armee nur herauszuquetschen, wenn man die Wehrpflicht abschaffe, war er sich eigentlich sicher, damit das schärfste Argument gegen das Sparen genutzt zu haben. Wenige Stunden später wurde ihm klar, dass er sich getäuscht hatte.

Nur die Mahnung der Bundeskanzlerin, man könne die Wehrpflicht nicht mal eben an einem Nachmittag ad acta legen, bewahrte das Kabinett davor, vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Begeisterung über das Abschöpfen der

<sup>5</sup> Vgl. Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, Abschlussbericht, hg. v. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Frankfurt a. M. 2019, [tiny.one/indes221w5](https://tiny.one/indes221w5).



Friedensdividende und das neue pazifistische Regierungsprojekt ausgerechnet der Konservativen kannte kaum Grenzen. Allein die CSU zierte sich. Doch am Ende reiste der schneidige Verteidigungsminister, selbst CSU-Politiker und Reserveoffizier der Gebirgsjäger, mit dem Auftrag in den Bendlerblock zurück, die Voraussetzungen für das Aussetzen der Wehrpflicht zu prüfen. Eine Expertenkommission (sic!) tagte, die Wehrpflicht fiel kurze Zeit später.<sup>6</sup> Die Bundeswehr aber verschwand nach und nach aus dem öffentlichen Bewusstsein. Ob sie Geld hatte oder nicht, verteidigungsfähig war oder nicht, interessierte nur noch die Soldaten selbst. Lediglich die gelegentlichen Nachrichten über Gefallene im Bundeswehreinsatz in Afghanistan lösten noch Betroffenheit aus. Der jahrelange Sanierungsprozess des Segelschulschiffs Gorch Fock hingegen taugte nur als Symbol für eine aussichtslos ineffiziente und aufgeriebene Streitmacht.

<sup>6</sup> Vgl. Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr, Vom Einsatz her denken – Konzentration, Flexibilität, Effizienz, Oktober 2010, [tiny.one/in-des221w4](http://tiny.one/in-des221w4).



Michael Dyne Mieth, www.dyneart.de

Anlass, die Bundeswehr zu reformieren, sah die Bundesregierung darin nicht mehr. Nicht einmal das Versprechen an die Bündnispartner in der Nato, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die militärische Einsatzfähigkeit auszugeben, musste ernst genommen werden. Der SPD-Wahlkampfslogan »Lieber sechs Prozent mehr für Bildung als zwei Prozent für Rüstung«<sup>7</sup> aus dem Jahr 2017 machte deutlich, dass keineswegs nur die Liebe von CDU und CSU zur Bundeswehr erkaltet war. Sozialdemokraten und Liberale – die Grünen ohnehin – waren derselben Auffassung.

7 Zitiert nach Ulf von Krause, Zwei-Prozent-Ziel und Bundeswehr. Zur Diskussion um den Verteidigungshaushalt, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier Sicherheitspolitik 23/2018, tiny.one/indes221w5.

Auch hier war es erst der Überfall Russlands auf die Ukraine, der diese Politik als kurzfristig und hochriskant entlarvte. Dass binnen weniger Tage ein Hundert Milliarden-Euro-Sondervermögen in den Bundshaushalt eingestellt wurde, zeigt, dass zwar die Politik der Ära Merkel entschlossen korrigiert wurde. Das Merkel'sche Regierungsprinzip aber – in Krisen entschlossen

zu handeln, die Sache danach zügig zu den Akten zu legen – scheint sich fortzusetzen. Schon im Sommer 2022 war keine Rede mehr davon, das Sondervermögen zusätzlich zu den zwei Prozent Militärausgaben auszuloben.

Die Methode der Kanzlerin, nur die Probleme zu lösen, die unmittelbar gelöst werden müssen, und dabei sehr genau auf die Meinungsumfragen und Stimmungslagen der Bevölkerung zu schauen, offenbarte ihre Schattenseiten erst, nachdem sie ihr Amt verlassen hatte. In dem Bemühen, die Energieversorgung möglichst nach den Wünschen der Bevölkerungsmehrheit zu gestalten und dennoch bezahlbaren Strom zu liefern, hatte sie ihre eigenen Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des russischen Präsidenten hintangestellt. Im nachlassenden Engagement für die Energiewende, als andere Krisen (Flüchtlinge, Corona) zu lösen waren, zeigt sich die grundlegende Schwäche dieses Politikmodells. Die jeweils akute Krise wird gut gemanagt, doch widerstandsfähiger gegen neue Schocks wird das Land nicht.

Im Gegenteil. Im Handlungsdruck neuer Krisen lässt das Engagement für die alten Themen zuverlässig nach. So gibt es bis heute keinen Einlagenversicherungsfonds für alle Banken in Europa – die Banken scheinen ja stabil genug zu sein, um neue Krisen aus eigener Kraft zu überstehen. Ein einheitliches europäisches Regime für die Unterbringung und Verteilung von Asylbewerbern und Flüchtlingen ist ebenfalls nicht in Sicht. Die Impfpflicht gegen neue Corona-Wellen ist ebenso in den politischen Schlagschatten der Ukraine-Krise geraten wie die Aufgabe, Deutschlands Katastrophenschutz wenigstens so weit zu ertüchtigen, dass bei neuen Unwettern die Bevölkerung zuverlässig gewarnt werden kann.

Dennoch sieht Merkel für sich keinen Anlass, ihre Russland-Politik im Nachhinein zu bereuen – so wie es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier oder der ehemalige Wirtschafts- und Außenminister Sigmar Gabriel taten. »Wenn ich mir etwas Zeit nehme, um zu meiner Meinung zu kommen, muss ich hinterher nicht damit hadern«, sagte sie 2013 in einem öffentlichen Gespräch mit der Zeitschrift *Brigitte*.<sup>8</sup> So ist es geblieben.

In Merkels Politikverständnis galt es ohnehin, Entscheidungen und Einstellungen ständig mit der Realität und deren Volten abzugleichen. War sie zum Amtsantritt noch eine entschiedene Befürworterin der Kernenergie (sie setzte den Wiedereinstieg in der Koalition mit der FDP durch), wandelte sie sich nach Fukushima zu einer entschiedenen Gegnerin. Verteidigte sie als Frauenministerin, Oppositionsführerin und Kanzlerin über lange Jahre die Ehe als eine Angelegenheit zwischen Mann und Frau, machte sie 2017 völlig überraschend den Weg zu einer Ehe mit allen Rechten und Pflichten auch für homosexuelle Paare frei. Setzte sie sich vehement (»nicht zu meinen Lebzeiten«)

<sup>8</sup> Zitiert nach Pressemitteilung Gruner + Jahr vom 02.05.2013, [tiny.one/index221w6](https://www.tiny.one/index221w6).



gegen Gemeinschaftsschulden im Euroraum ein, so wurde dieser Glaubenssatz in der Corona-Pandemie hinfällig. Die Krisen diktierten die Agenda. An die Stelle von Parteiprogrammen, Koalitionsverträgen und Grundsätzen trat das Versprechen: »Wenn Ihr uns wählt, werdet Ihr gut regiert«. Oder, um es mit dem früheren Vizekanzler Franz Müntefering (SPD), bezogen auf die Ära Merkel, auszudrücken: »Wenn man mit Angela Merkel in ein Flugzeug steigt, weiß man, dass man sicher landen wird. Man weiß nur nicht, wo.«

Dieses Politikverständnis hat die Altbundeskanzlerin ganz offensichtlich nicht exklusiv. Auch ihr Nachfolger und sein Kabinett müssen nach demselben Prinzip verfahren. Kaum im Amt, überfiel Russland die Ukraine – und aus der Coronakrise wurde die Energiekrise.

Im permanenten Krisenmodus ergeben sich einige Veränderungen im politischen System, die von größerer Bedeutung sind als die glückliche oder unglückliche Hand in einer akuten Krise:

1. Die Exekutive gewinnt an Bedeutung, die Judikative kontrolliert, die Legislative verliert. Die Krise ist die »Stunde der Exekutive«. Die Regierung managt den Notstand und legt ihre Beschlüsse dem Parlament zur Zustimmung vor. Das aber hat kaum eine Wahl. Wegen der Eilbedürftigkeit der Entscheidungen fällt die Diskussion in den Fraktionen und Ausschüssen knapper aus als notwendig. In der Finanzkrise wurden wesentliche Entscheidungen in vertraulichen Sonderrunden gefasst, um die Märkte nicht zu beunruhigen, in der Corona-Pandemie wurden die Bund-Länder-Runden der Regierungschefs zum entscheidenden Gremium, die Länder-Exekutive fasste die Beschlüsse. Nein zu sagen, war zwar theoretisch noch möglich, kam aber nur selten infrage. Der Bundestag und

die Länderparlamente traten in den Hintergrund. In der Ukraine-Notlage rücken Regierung und gewählte Parlamentarier zusammen, jedenfalls in der ersten Phase. Die Regierung sitzt am Steuer, der Bundestag im Fond.<sup>9</sup> Das Beispiel der Impfpflicht zeigt: Solange die Exekutive entscheiden will, lässt sich die Illusion der Gewaltenteilung aufrechterhalten. Weigert sich die Regierung aber, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzuschlagen, hat auch das Parlament nicht mehr die Kraft zu entscheiden, ob es einen Entwurf gibt oder nicht. Das schwächt beide.

Dazu kommt: Immer mehr Beschlüsse werden mit der berechtigten Erwartung getroffen, dass sie am Ende vom Verfassungsgericht beanstandet werden. In vielen Krisen müssen Exekutive und Legislative juristisches Neuland betreten, daher ist es wenig erstaunlich, dass nicht alles Bestand hat. Zunehmend aber wird dieser Umstand Teil des politischen Kalküls: Man beschließt Ad-hoc-Maßnahmen, von denen man weiß, dass sie nicht verfassungsfest sind – in der Hoffnung, dass der Grund für diese Maßnahmen bis zur Entscheidung entfallen ist und die Angelegenheit begraben werden kann.

2. Das Momentum bestimmt die Agenda. Sind weitreichende politische Entscheidungen und Reformen nur noch in Krisen möglich, bestimmt der Zufall, welche Reform am Ende durchgesetzt wird und was ewig im Politikbetrieb stecken bleibt (die Rentenreform!). So kam die Eurozone erst nach der Finanzkrise zu einer funktionierenden einheitlichen Bankenaufsicht. Ein Einwanderungsgesetz wurde erst nach der Migrationskrise der Jahre 2015 und 2016 möglich, die entscheidenden Hemmnisse für den Ausbau der Windkraft fielen erst im Jahr 2022. Das relativiert die Entscheidung des Souveräns bei der Bundestagswahl deutlich: Entscheidet die Wählerin sich für eine Partei, weil sie deren Programm für richtig hält und ihr zutraut, in einer Regierungskoalition wenigstens einen Teil davon in die politische Wirklichkeit zu bringen, wird sie am Ende doch damit leben müssen, sich vor allem anderen für ein Personaltableau entscheiden zu haben. In der derzeitigen Bundesregierung sind Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck die markantesten Beispiele dafür. Die Grünen wurden gewählt, weil man ihnen am ehesten einen dynamischen Weg in eine klimaneutrale und pazifistische Gesellschaft im 21. Jahrhundert zutraute. Nun aber sind es dieselben Politiker, die weltweit Erdgas einkaufen, Kohlekraftwerke wieder ans Netz nehmen und den Waffenexport in die Ukraine befürworten. Auch bei ihnen tritt die Krise vor die Überzeugung. Was das für künftige Wahlen, Koalitionsverhandlungen und das Parteiensystem bedeutet, ist noch nicht

<sup>9</sup> Anna-Bettina Kaiser, Was macht »Die Stunde der Exekutive« mit dem Parlament?, Vortrag am 09.12.2020 bei der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, [tiny.one/indes221w7](https://tiny.one/indes221w7).

zu erlassen. Zu vermuten ist, dass eine noch stärkere Personalisierung eintritt, nach dem Motto »Sie kennen mich«.

3. Neue Krisen machen das Land noch anfälliger. Weil der politische Normalbetrieb in Zeiten der Krise weitgehend pausiert, werden akute Themen zwar adressiert, aber nicht mehr durch politische Entscheidungs- und Kompromissfindung hinterlegt. Gerade die Behörden und die Sicherheitsorgane haben darunter zu leiden. Die Tiefe der Krisen geht auch darauf zurück, dass Polizei, Bundeswehr, Bundes- und Landesämter unfähig sind, etwas anderes als den Normalfall zu beherrschen. In der Arbeitsmarktkrise der frühen 2000er Jahre fiel das zum ersten Mal auf. Die damalige Bundesanstalt für Arbeit wurde ihrer Arbeit nicht mehr Herr und begann in großem Stil, Vermittlungszahlen zu fälschen. In der Finanz- und Eurokrise wurde deutlich, dass die Bankenaufsicht geschlampt hatte. In der Migrationskrise brach das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusammen, in der Corona-Pandemie waren Gesundheitsämter nicht in der Lage, ihre Arbeit zuverlässig zu erledigen. Dass ausgerechnet das Bundesamt für Katastrophenschutz beim »nationalen Alarmtag«, einem Probelauf, auf Grund lief, ist da nur eine Fußnote.

Nicht das Krisenmanagement ist im Rückblick auf die Ära Merkel zu kritisieren. Der politische Normalbetrieb ist implodiert. Notwendige Korrekturen sind im ständig neuen Krisenmanagement nicht vorgenommen worden. Die Konsequenzen der Ad-hoc-Entscheidungen wurden im Parlaments- und Regierungsallday systematisch vernachlässigt. Das ist das wirkliche Versäumnis der Ära Merkel – und es scheint sich im neuen Kabinett fortzusetzen.



© Marc Darchinger

**Dr. Ursula Weidenfeld** arbeitet nach Stationen in leitender Funktion bei *Wirtschaftswoche*, *Tagespiegel* und *Financial Times Deutschland* als freie Journalistin. 2007 erhielt sie den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik, 2012 den Karl-Hermann-Fach-Preis. Letzte Buchveröffentlichung: *Die Kanzlerin. Porträt einer Epoche*, Berlin 2021. Für die *Rheinische Post* und die Leibniz-Gemeinschaft betreibt sie den Podcast *Tonspur Wissen*.

# INDES ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT

## Herausgeber:

Prof. Dr. Frank Decker

## Redaktionsleitung:

Katharina Rahlf (V.i.S.d.P.), Dr. Volker Best

## Redaktion:

Jacob Hirsch, Dr. Matthias Micus, Tom Pflücke,  
Luisa Rolfes

## Konzeption dieser Ausgabe:

Dr. Volker Best

## Redaktionsanschrift:

Redaktion INDES  
c/o Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie  
Universität Bonn

Lennéstr. 27, 53113 Bonn

indes@uni-bonn.de

Online-Auftritt: [www.indes-online.de](http://www.indes-online.de)

Anfragen und Manuskriptangebote schicken Sie bitte an  
diese Adresse, möglichst per E-Mail. –

Die Rücksendung oder Besprechung unverlangt ein-  
gesandter Bücher kann nicht gewährleistet werden.

Die Zeitschrift erscheint viermal jährlich. Es gilt die  
gesetzliche Kündigungsfrist für Zeitschriften-Abonne-  
mente. Die Kündigung ist schriftlich zu richten an:  
HGV Hanseatische Gesellschaft für Verlagsservice mbH,  
Leserservice, Holzriesenstr. 2, D-72127 Kusterdingen,  
E-Mail: [v-r-journals@hgv-online.de](mailto:v-r-journals@hgv-online.de).

Unsere allgemeinen Geschäftsbedingungen,  
Preise sowie weitere Informationen finden Sie unter  
[www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com).

## Verlag:

BRILL Deutschland GmbH, Vandenhoeck & Ruprecht,  
Theaterstr. 13, D-37073 Göttingen; Tel.: 0551-5084-40,  
Fax: 0551-5084-454

[www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine  
Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Ver-  
wertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen  
Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung  
des Verlages.

ISBN 978-3-525-80035-5

ISSN 2191-995X

© 2022 by Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13,  
37073 Göttingen, Germany, an imprint of the Brill-Group  
(Koninklijke Brill NV, Leiden, The Netherlands; Brill USA  
Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore;  
Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Germany;  
Brill Österreich GmbH, Vienna, Austria)

Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill  
Nijhoff, Brill Hotel, Brill Schöningh, Brill Fink,  
Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau,  
V&R unipress und Wageningen Academic.

[www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

Gestaltung, Satz und Lithografie:

SchwabScantechnik, Göttingen

Druck und Bindung: ###

## Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Ursula Bitzegeio

Dr. Felix Butzlaff

Dr. Sandra Fischer

Prof. Sigmar Gabriel

Prof. Dr. Alexander Gallus

Hasnain Kazim

Dr. Astrid Kuhn

Prof. Dr. Christine Krüger

Dr. Julia Reuschenbach

Prof. Dr. Jürgen Rüttgers

Prof. Dr. Ulrich Schlie

Prof. Dr. Grit Straßenberger

Prof. Dr. Berthold Vogel

Ulrike Winkelmann

## Illustrationen:

S. 4f., 15, 35, 38f., 122f., 144f.: Oscar Vega

Cover, S. 204: Vasco Gargalo

S. 8, 150f., 200: Alex Dorici

S. 61, 66, 72, 74: B.Marina/@blanca.y.color

S. 84f.: Claudy Jongstra

S. 102f., 106: Javier Granados

S. 130f., 133, 222, 225: Michael Dyne Mieth, [www.dyneart.de](http://www.dyneart.de)

S. 160f.: José Manuel Ballester

S. 172, 175, 180, 213: Miguel Caravaca

S. 49: Dirk Ghys

## BILDKONZEPT Luisa Rolfes

Im Jahr 1937 entwarf Pablo Picasso unter dem Eindruck der massiven und als willkürlich wahrgenommenen, von blinder Zerstörungswut getriebenen Bombardierung der baskischen Stadt Guernica durch deutsche und italienische Truppen das bis heute wohl bekannteste Antikriegsbild, das – gerade in jüngster Zeit – zahlreiche Künstler:innen zu eigenen Versionen inspiriert hat. Die Illustrationen dieser Ausgabe sind allesamt Neuinterpretationen von Picassos »Guernica«. Die meisten von ihnen entstanden noch vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, thematisieren jedoch die traurige Kontinuität von Krieg, Leid und Zerstörung.

So ist etwa das Covermotiv ein Ausschnitt aus Vasco Gargalos »Alepponica«, einer Neuinterpretation, welche die Bildsprache nah am Original reproduziert, jedoch mit Charakterzügen zentraler Figuren im Kontext des Syrienkriegs versieht, darunter Putin in Gestalt des Stiers. Wer sich näher mit Picassos Werk auseinandersetzt, weiß um dessen Vieldeutigkeit. So kann etwa der Stier sowohl als Symbol von Widerstandskraft als auch von Brutalität, eines Männlichkeitskults oder der Wut des Künstlers selbst gelesen werden.

»Guernica« zeichnet ein Bild von Chaos und Zerstörung, jedoch keine eindeutigen Personifikationen von Gut und Böse. Das spiegelt sich auch in den verschiedenen Neuinterpretationen wider. Michael Dyne Mieth hat in seinem Werk »G18« die Dualität von Gut und Böse, die immer eine Frage der Perspektive sei, anhand eines Schachbretts verbildlicht; als Blumen getarnte Waffen symbolisieren hier die zweifelhafte Funktion von Medien und ihrer Kriegspropaganda. In den Bildern anderer Künstler:innen erscheinen die Zuschreibungen eindeutiger, etwa bei B.Marina, deren Version im Kontext des Ukrainekriegs steht. Oscar Vega reflektiert in seinem Bild soziale Ängste der Gegenwart und Alex Dorici verarbeitet die sozialen Erschütterungen in der pandemischen Gesellschaft. »Guernica de la Ecología« von Claudy Jongstra kommt ganz ohne Akteur:innen aus und versteht sich als Warnung vor den Gefahren des Klimawandels. José Manuel Ballester interessiert sich für die verborgenen Räume im Hintergrund. In den Werken von Miguel Caravaca und Dirk Ghys werden einzelne Figuren aufgegriffen und das Bild mit sexuellen Elementen ergänzt oder kontrastiert. Und zuletzt setzt sich Javier Granados bitter-ironisch mit Picasso auseinander, indem er dem bedrückenden Antikriegsbild unter dem Titel »Paz en Guernica« (Frieden in Guernica) ein naiv anmutendes Bild von Frieden und Leichtigkeit entgegenseht.

Keine dieser Beschreibungen wird den Kunstwerken im Einzelnen gerecht, jedoch zeigt sich in der Gesamtheit die Vielschichtigkeit der Auseinandersetzung mit den Krisen der Gegenwart, die sich nicht ohne Grund eines Kunstwerks bedient, das wie kaum ein anderes die tiefe Erschütterung seines Urhebers zum Ausdruck bringt.